TOP 25:

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der zweiten Aktionärsrechterichtlinie (ARUG II)

Drucksache: 156/19

I. Zum Inhalt des Gesetzentwurfes

Der Gesetzentwurf dient der Umsetzung der Richtlinie (EU) 2017/828 des Europäischen Parlaments und des Rats vom 17. Mai 2017 zur Änderung der Richtlinie 2007/36/EG im Hinblick auf die Förderung der langfristigen Mitwirkung der Aktionäre (2. ARRL). Diese Richtlinie ist bis zum 10. Juni 2019 in deutsches Recht umzusetzen. Die 2. ARRL birgt dem deutschen Aktienrecht bisher unbekanntene Neuerungen, die eine Novellierung des Aktiengesetzes unumgänglich machen. Sie zielt insgesamt auf eine weitere Verbesserung der Mitwirkung der Aktionäre bei börsennotierten Gesellschaften sowie auf eine Erleichterung der grenzüberschreitenden Information und Ausübung von Aktionärsrechten ab.

Zu Mitspracherechten der Aktionäre bei der Vergütung von Aufsichtsrat und Vorstand („say on pay“) sieht die 2. ARRL sowohl ein Votum der Hauptversammlung über das als Rahmenregelung für die zukünftige Vergütung angelegte Vergütungssystem als auch einen Vergütungsbericht vor, mit dem vergangene Zahlungen offenzulegen sind. Diese Vorgaben sollen nach dem vorliegenden Gesetzentwurf behutsam in das deutsche, dualistische System umgesetzt werden. Das nunmehr turnusgemäß verpflichtende Votum der Hauptversammlung über das Vergütungssystem des Vorstands hat inhaltlich lediglich beratenden Charakter. Dies hat zur Folge, dass die Kompetenz zur Festsetzung und Entwicklung eines entsprechenden Systems weiterhin eindeutig beim Aufsichtsrat verbleibt. Dennoch werden auf diese Weise Aktionäre stärker bei der Bemessung der Vergütung der Leitungsebene eingebunden.

Zu Geschäften mit der Gesellschaft nahestehenden Unternehmen und Personen („related-party-transactions“) ist eine Zustimmungspflicht für solche Geschäfte

vorgesehen, die einen bestimmten Schwellenwert erreichen. Die Erteilung der Zustimmung obliegt grundsätzlich dem Aufsichtsrat, wobei für das Zustimmungsverfahren weitere Vorgaben vorgesehen sind. Darüber hinaus sind diese Geschäfte spätestens zum Zeitpunkt ihres Abschlusses öffentlich bekannt zu machen. Damit soll der Schutz vor Vermögensabflüssen verstärkt werden.

Zur besseren Identifikation und Information von Aktionären („know-your-shareholder“) ist zum einen eine Neuregelung der Rechte der börsennotierten Gesellschaft zur Identifikation ihrer Aktionäre gegenüber Intermediären vorgesehen, zum anderen sind für Intermediäre, die Aktien der Gesellschaft verwahren, Verpflichtungen vorgesehen, relevante Informationen zwischen Gesellschaft und Aktionären weiterzuleiten und zu übermitteln. Auf diese Weise sollen die Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Gesellschaft und Aktionären verbessert werden.

Zielsetzung des Gesetzentwurfs ist auch eine stärkere Ausrichtung der Tätigkeit von institutionellen Anlegern, Vermögensverwaltern und Stimmrechtsberatern an den Interessen der Anleger. Zur Verbesserung der Transparenz sollen im Aktiengesetz Transparenzpflichten verankert werden, die eine Offenlegung verschiedener Informationen gegenüber Anlegern und Endbegünstigten in Bezug auf Mitwirkung, Anlageverhalten und Geschäftsmodell vorsehen.

II. Empfehlungen der Ausschüsse

Der **federführende Rechtsausschuss**, der **Finanzausschuss** und der **Wirtschaftsausschuss** empfehlen dem Bundesrat, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes Stellung zu nehmen.

Der **Rechtsausschuss** empfiehlt eine Änderung in § 67a Absatz 1 Satz 1 AktG-E. Diese soll dazu führen, die Beschränkung des Anwendungsbereichs der Vorschrift auf börsennotierte Gesellschaften noch klarer herauszuheben und Mehrfachmitteilungen zu vermeiden.

Der **Rechtsausschuss** und der **Wirtschaftsausschuss** empfehlen, im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu prüfen, ob eine andere Verortung der in § 111c Absatz 3 Satz 3 AktG-E getroffenen Regelung vorgenommen werden sollte.

Außerdem solle überprüft werden, ob es anstelle der vorgesehenen Änderung von § 124 Absatz 2 AktG ausreichend sein könnte, den Katalog nach § 124a

AktG zu ergänzen. Hilfsweise solle überprüft werden, ob in § 124 Absatz 2 Satz 3 AktG-E für den Fall der vorgeschlagenen Satzungsänderung eine Ausweitung der Bekanntmachungspflichten vermieden werden könne.

Der **Finanzausschuss** und der **Wirtschaftsausschuss** empfehlen, im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu prüfen, ob die Kostenregelung des § 67f AktG-E vereinfacht und rechtssicherer ausgestaltet werden könnte.

Der **Finanzausschuss** empfiehlt darüber hinaus zu prüfen, ob es erforderlich und sinnvoll ist, die persönlichen Daten aller Aktionäre zu erfassen oder ob dies erst ab einer gewissen Größe des Aktienpakets erfolgen sollte, um zu großen Aufwand zu vermeiden.

Nähere Einzelheiten sind aus **BR-Drucksache 156/1/19** ersichtlich.